

BUNDESFACHAUSSCHUSS 2

Europa, Heimat, Asylpolitik

Heinrich Haupt
kommiss. Leiter

Christoph Göb

Christian Teising

Heimat

(Entwurf, 27.03.2023)

Verfasser: Christian Teising

Heimat bedeutet für Bündnis Deutschland entsprechend Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Recht jedes Menschen auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Jeder Mensch hat auch Anspruch nach Artikel 28 auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Wir verstehen dies als unseren Auftrag - in Frieden mit benachbarten Völkern - Deutschland als einen Ort zu fördern und zu erhalten, in dem Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, oder die durch langjährigen rechtmäßigen Aufenthalt in unsere Gesellschaft hineingewachsen sind, die also hier "beheimatet" sind, sich auskennen, sich mit Deutschland identifizieren und in dem sie sich jetzt und in Zukunft kontinuierlich zurechtfinden und gerne leben.

Dazu erachten wir neben der identitätsstiftenden gemeinsamen Sprache, das Festhalten und behutsame Weiterentwickeln unserer unterschiedlichen Regionen, einschließlich der Belange der seit Jahrhunderten in Norddeutschland und in der Lausitz ansässigen Minderheiten, für unverzichtbar und auch für förderungsbedürftig, denn die Minderheitenrechte erfordern notwendig einen örtlichen und rechtlichen abgegrenzten Rahmen, in dem sie verwirklicht und garantiert werden.

Wir wissen als Bündnis Deutschland, dass eine pseudotolerante Kapitulation vor fremdländischen Einflüssen, die Vernachlässigung von Landschaft, Landsmannschaft, Traditionen und Bräuchen unseren Bürgern das Sicherheitsgefühl raubt und bei einigen wenigen sogar zu gewalttätigen Reaktionen gegenüber fremdländisch empfundenen Menschen führt.

Dagegen muss entschlossen angesteuert werden und immer wieder - auch zum Beispiel durch Volksabstimmungen - die Meinung der betroffenen Bürger festgestellt und umgesetzt werden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.

Bündnis Deutschland lehnt es ab, den Bürgern zu diktieren, dass sie eine multikulturelle Gesellschaft gut zu finden haben oder sich als Einwanderungsgesellschaft verstehen müssen.

Das bedeutet auch: Jedwede „Gendersprache“ oder sonstige politisch motivierte Sprachvorgaben, lehnt Bündnis Deutschland ab. „Gendern“ ist diskriminierend, bevormundend, integrationsfeindlich und vorurteilsbeladen reduziert die Menschen auf ihr Geschlecht. Häufig steht es auch im Widerspruch zur deutschen Grammatik und verdreht den Sinn des Gesagten.

Gendersprache wird auch von der großen Mehrheit der unserer Landsleute strikt abgelehnt. Die deutsche Sprache ist für viele auch ein Stück Heimat. Wir wollen weiterhin mit der Standardsprache kommunizieren, da sie eine neutrale, diskriminierungsfreie Kommunikation erlaubt.

Die deutsche Sprache ist eine organisch gewachsene und weltweit geachtete Kultursprache, ein elementarer Bestandteil unserer Identität, den wir uns durch einige selbsternannte Aktivisten nicht zerstören lassen, die es darauf absehen, die Bevölkerung mit sprachlichen Mitteln zu bevormunden und zu manipulieren. (vgl. BD-Kernpunkt IX-Sprachpolitik!)

In staatlichen Einrichtungen, insbesondere im Bildungswesen, sowie in den öffentlich-rechtlichen Medien ist die deutsche Sprache in ihrer natürlich gewachsenen Form zu verwenden. Privat darf niemand benachteiligt werden, wenn er sich dem „Gendern“ verweigert.(vgl. BD-Kernpunkt IX-Sprachpolitik!)

Bündnis Deutschland steht für eine Politik, die die Bürger in den Mittelpunkt stellt, so dass sich diese verstanden fühlen. So haben etwa arabische oder sonstige ausländischen Straßenschilder in Deutschland keinen Platz. Sie sind kein Zeichen „gelungener Integration“, sondern leisten im Gegenteil der Bildung von Parallelgesellschaften Vorschub. Unser Ziel ist ein Staat, der die Bürger nicht gängelt, sondern sie entlastet und ihnen hilft.

Kultur ist ein wichtiger Teil jeder Heimat. Wir möchten, dass Traditionen, Vereine und Ehrenämter wieder mehr gefördert werden, damit diese wieder mehr Akzeptanz finden und nicht verloren gehen.

Bündnis Deutschland möchte die Bildungspolitik zentraler steuern, damit der gegenwärtige Flickenteppich eingerollt werden kann, und wir einen organisatorischen Neuanfang wagen können. Deutschland, das mittlerweile hoffnungslos abgeschlagen auf den hinteren Plätzen der Schulbildung steht, muss wieder zu solider Bildung und Leistungsbereitschaft finden. Jahrzehntelang aufgelaufene Mängel in den Schulen der Länder müssen endlich beseitigt werden. Daher möchten wir ein bundesweit einheitliches Niveau schaffen. Die deutschen Schulen müssen wieder an die Spitze des internationalen Rankings kommen.